

Die Jahrgangspreise... Einzelhefte... Preis... 21.- M.

Die Jahrgangspreise... Einzelhefte... Preis... 1.50 M.

Die Welt... Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Erfüllungspolitik und Steuerkompromiß

Die Rede, die der Reichskanzler, sichtlich ermüdet von den Anstrengungen und Aufregungen der letzten Tage, gestern im Reichstag verlesen hat...

Der Reichskanzler hat nochmals mit allem Nachdruck die Notwendigkeit der Erfüllungspolitik...

Glücklich und würdig war die Entgegnung Wirths auf die Rede des französischen Ministerpräsidenten...

Glücklich und klar formuliert waren die Ausführungen Wirths über das russische Problem...

Heute wird, wie der Reichskanzler ankündigte, die Antwort der deutschen Regierung an die Reparationskommission abgehen...

Außenpolitisch also hat die neue feste Majorität mit Einschluß der Deutschen Volkspartei...

Um so stärker aber wird die Deutsche Volkspartei in den politischen ihren Einfluß geltend zu machen suchen...

Nüchtern gab der Reichskanzler den Inhalt des gestern nachmittags endgültig abgeschlossenen Steuerkompromisses bekannt...

daß die Umsatzsteuer in Höhe von 2 Prozent in Aussicht genommen sei, aber unter Verzicht auf die Freilassung der Genossenschaften...

Dieser Teil der Rede des Reichskanzlers scheint auch bei den Reichssozialisten Enttäuschung hervorgerufen zu haben...

Nach Westarp wurde die Debatte auf heute vertagt...

Die Erklärung der Reichsregierung

In der gestrigen Sitzung des Reichstages, die um 6.20 Uhr begann, gab Reichskanzler Dr. Wirth die folgende Regierungserklärung ab...

Seine Kreditwürdigkeit vernichte,

solange diese Zahlungsverpflichtungen nicht geändert sind. Die Deutsche Regierung hat aus dieser Antwort die Folgerung...

Die wahre Lage Deutschlands

auf der Konferenz auseinanderzusetzen. Diese Konferenz hat Deutschland zu einer nächsten Konferenz eingeladen...

(Lebhafter Beifall links und in der Mitte.) Nur in diesem Sinne habe ich kürzlich auf der Tagung der Jenicumpartei...

aus unserem westlichen Nachbarlande

gehört haben. Der französische Kabinettswechsel ist fast in der ganzen Welt, nicht nur in Deutschland, als ein Symptom...

Friedliche und glückliche Zukunft Deutschlands

zu suchen und zu finden. (Zustimmung.) Herr Poincaré hat zum Eingang seiner ersten Rede in Senat und Kammer erklärt...

Frage der sogenannten Kriegsschuldigen

steht. Er stimmte dem Vorschlag der Kammer zu, die deutsche Regierung auszufordern, die Angeklagten den Akten zur Beurteilung anzuliefern...

baldirger Aufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs.

Das von Loucheur und Rathenau zustande gebrachte Wiesbadener Abkommen ist vor allem dazu bestimmt gewesen, dem französischen Wund nach Wiederaufbau der zerstörten Gebiete...

Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei ange-
schlossen. Es ist wie folgt zustande gekommen:

Das Kompromiß

1. Die Vermögenszuwachssteuer soll 200 Prozent betragen. Dazu soll eine Zwangsanleihe in Höhe von 1 Milliarde Goldmark ausgelegt werden. Diese ist in den ersten 3 Jahren unverzinstlich. 2. Die Nachkriegssteuer, die ein nicht genügendes Einkommen ergeben, sollen fallengelassen werden. 3. Bei der Umsatzsteuer soll ausnahmslos ein Satz von 2 Prozent zur Anwendung kommen. 4. Die Kohlensteuer soll grundsätzlich 40 Prozent betragen, mit der Möglichkeit der Anpassung an die Wirtschaftslage. 5. Die Zackersteuer soll mit Rücksicht auf die Lastenbelastung des Verbrauchs und die Umsatz- und Kohlensteuer und mit Rücksicht auf die Bedeutung des Jutes für die Säuglingsnahrung auf 50 Mark für den Doppelzentner festgesetzt werden. 6. Die Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao sollen nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats bemessen werden. 7. Bei der Biersteuer sollen die Beschlüsse erster Lesung aufrechterhalten werden. 8. Die Einheit der Gesamteinkommensteuer soll durch ein Mantelgesetz gewährleistet werden; in diesem sollen die Vorschriften über die Zwangsanleihe Aufnahme finden.

Im Anschluß an dieses große Gesetzgebungswerk (Gesichter bei den Deutschnationalen) und mit Rücksicht auf die tiefe Geldentwertung muß im Interesse einer möglichst schnellen Durchführung der Gesetzgebung auf

Das Bedürfnis der Steuerverwaltung

unter möglicher Vereinfachung der Gesetzgebung Rücksicht genommen werden. Lloyd George meinte in einer Rede, die Welt könne nicht gefunden werden, wenn nicht das Vertrauen von Volk zu Volk, von Regierung zu Regierung, von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft wiederkehre. Ich nehme sein Wort vom internationalen Vertrauen auf als ein großes politisches Bekenntnis. Der Kriegsgewinn soll mit dem Kriegsschmerz begraben werden, das ist die Hoffnung der Völker. Durch die Politik der Macht, der Gewalt und der Drohungen, die sieben Kriegsjahre lang geübt hat, ist die europäische Staatenwelt, insbesondere wirtschaftlich, in Trümmer gegangen. Die wirtschaftliche Not in allen Ländern wächst, selbst bei den Siegern. Die wirtschaftliche Notwendigkeit muß wiederkehren. Die jetzige Arbeitslosigkeit ist eine deutliche Warnung. Unter den unmöglichen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands kann die Weltwirtschaft überhaupt nicht bestehen. Sie ist ein Organismus, bei dem die Schwächung eines Teils auf die Dauer zur Schwächung des Gesamtorganismus führen muß. Die jetzigen Reparationsforderungen haben den Weltmarkt in die größte Verwirrung gebracht. Die Ueberspannung der Reparationsaufgaben muß unausweichlich zu einer großen Not des arbeitenden Volkes

in allen Teilen der Welt führen. Die Gewaltpolitik ist keine Politik der Dauer. Sie führt zur Katastrophe der Weltwirtschaft. Der Weg zur Rettung der Welt aus der harten Not der Zeit kann nur durch das Hohentwasser eines dauerhaften Friedens führen, auf dem Wege der Verständigung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Nachdem sich die Atmosphäre gereinigt hat, können die Männer der Wirtschaft zusammenzutreten, müssen die weltwirtschaftlichen Tatsachen ruhig durchstudieren, unter Zurückstellung aller nationalen Leidenschaften, und das Ziel eines wahrhaften Wiederaufbaus verfolgen. Wie die Weltwirtschaftsminister ausgesprochen, wissen wir nicht. Weitergehende produktive Beilegung des Erwerbslosenstandes wird ein Hauptziel von Genua sein müssen. Mit den anderen Mächten sind wir, wie ich glaube, darin einig, daß der Wiederaufbau Rußlands nur im Einvernehmen mit Rußland durchgeführt werden kann. Wir begen die größten Bedenken gegen eine Politik, die Rußland wie eine Kolonie behandelt und behandeln würde. Namens der Reichsregierung des deutschen Volkes belege ich, daß in dem Papste Benedikt XV. der vornehmste Förderer des Friedens die Welt verlassen hat. Ich richte heute keinen Ruf an alle, von denen der Frieden der Welt abhängt: Macht das Wort wahr: Friede auf Erden! (Unruhe und Zwischenrufe links.) Aber der Friede ist nur denen beschieden, die guten Willens sind. (Sehr richtig! d. d. Mehrheit, Unruhe links.) Diesen guten Willen haben wir gezeigt und werden ihn weiter zeigen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Das Haus tritt sofort in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Während der Rede des Abg. Graf Westarp erlitt die Abg. Frau Zieg (U. S.) einen Ohnmachtsanfall und mußte ans dem Saal getragen werden.

Abg. Graf Westarp (Dnat.): Ich möchte die Aufmerksamkeit von den allgemeinen Redensarten des Reichskanzlers zu ernstlichen Fragen ablenken. (Große Unruhe und Zurufe d. d. Mehrheit.) Wir protestieren aufs schärfste gegen die unparlamentarische Behandlung der Antwort an die Reparationskommission. Mit der Uebergebung des Reichstages hat sich das parlamentarische System selbst das schlimmste Urteil gesprochen. Die Konferenz von Genua ist für uns mehr eine Gefahr als ein Erfolg. Die neuen Garantien, die der Feindbund anbietet, sind eine objektive Unmöglichkeit. Wir verlangen dieser unmöglichen Politik unsere Zustimmung.

Darauf verliert sich das Haus auf Freitag 1 Uhr: Kleine Anfragen, Weiterberatung. — Schluß 10 Uhr.

Bürgerlicher Arbeitseifer im Landtag

Das neue Hebammengesetz sollte nach einer Versicherung des ehemaligen Volkswohlfahrtsministers Stegerwald spätestens am 1. April 1923 in Kraft treten. Die Einbringung des Gesetzentwurfs wurde aber in unverantwortlicher Weise so lange verzögert, daß jetzt mit Hochdruck hätte gearbeitet werden müssen, wenn der in Aussicht genommene Termin innegehalten werden sollte.

Kun wird die Woche vom 30. Januar bis 7. Februar für Ausschüßberatungen des Landtags freigehalten. Vollsitzungen finden in dieser Zeit nicht statt. Genosse Weyl Klug deshalb in der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, nachdem ein Unterausschuß von 15 Mitgliedern gewählt worden war, vor, daß dieser die Hauptarbeit der Vorbereitung während der Pause leisten möge. Allein die bürgerlichen Damen und Herren waren von der Notwendigkeit möglichst intensiver Arbeit zur Abhilfe eines dringenden, Hebammen, Mütter und Kinder gleichmäßig berührenden Notstandes nicht zu überzeugen. Die Hebammenfrage ist ihnen nicht so brennend. Die Frauen ihrer Kreise werden ja von den Mängeln der heutigen Geburtshilfe wenig berührt, und so fehlte es die bürgerlichen Parteien durch, daß die Beratungsläufe um eine Reform des Hebammengewesens erst nach der Pause beginnen werden. Das Tempo der Verhandlungen wird dann von selbst immer schlapper werden, oder es wird im letzten Augenblick mit Hochdruck gearbeitet, jede sachgemäße Beratung ausgeschlossen und auf diese Weise eine Pfluchwerk zustande gebracht, das den bestehenden Mängeln nicht abhelfen kann. Diese Art von Arbeit ist im Landtag zwar üblich geworden, aber sie ist keineswegs geeignet, das Anliegen des Parlamentes zu heben.

Das Befinden der Genossin Luise Zieg, die in der gestrigen Reichstagsung einen Ohnmachtsanfall erlitt, war erfreulicherweise gestern Abend so gebessert, daß sie mittels Autos in ihre Wohnung gebracht werden konnte.

Razl Endermann, der Führer der sächsischen Sozialdemokratie, ist Mittwoch Nacht in Dresden im Alter von 53 Jahren gestorben. Er war Mitglied der Reichstagsfraktion und des Parteiaussschusses.

Was bedeutet das Steuerkompromiß?

Wir haben bereits in der gestrigen Abendausgabe die Kritik Georg Bernhards an dem Steuerkompromiß erwähnt. Zu einem ähnlichen kritischen Urteil kommt Dr. Felix Pinner, der Leiter der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“. Er schreibt:

„Ein Staat, der mit bestimmten Ausgaben laufend zu rechnen hat, muß nach den Grundzügen einer gesunden Finanzpolitik seinen Haushalt detari einrichten, daß diese laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt werden. Betrachtet man das Finanzkompromiß, auf das sich nach langwierigen Verhandlungen die Sozialdemokraten und eine Anzahl bürgerlicher Parteien geeinigt haben, von diesem Standpunkte, so wird man nicht zur Ueberzeugung kommen, daß dieses Kompromiß den Anforderungen einer gesunden Finanzpolitik in dem oben gekennzeichneten strengen Sinne gerecht wird.“

Nach einer eingehenden Begründung dieses Standpunktes untersucht Pinner die Frage, ob die Zwangsanleihe überhaupt geeignet ist, die notwendige Staatsbedeckung herbeizuführen, und ob sie den besten Weg darstellt, auf dem man zu diesem Ziel gelangen kann. Pinner verneint beide Möglichkeiten und kommt zu dem Ergebnis:

„Aber selbst wenn man sich im Prinzip mit der Lösung des Problems durch die Zwangsanleihe einverstanden erklärt, wird man finden, daß die Requiranten, die den produzierenden Schichten für diese Konzeption eingeräumt werden sollen, recht erheblich sind. Von dem Abbau der Vermögenssteuer durch Herabsetzung der Zuschläge und durch den etwaigen Verzicht auf jede Anpassung der Sachwerte an den heutigen Geldwert war schon oben die Rede. Wenn man auch die Veranlagung nach dem gemeinen Wert aufgeben wollte, so ließe sich jedoch immerhin ein gangbarer Mittelweg finden. Eine Begünstigung gerade der produzierenden Schichten bei der Zwangsanleihe liegt außerdem darin, daß diese Anleihe zum Stichtag des Reichsnotopfers veranlagt werden soll. Dabei würden die meist sehr erheblichen Vermögenserhöhungen, die seit dem 31. Dezember 1919 gerade die Betriebsvermögen in Industrie und Landwirtschaft erfahren haben, völlig unberücksichtigt bleiben, während das inzwischen weiter entwertete Rentnerkapital trotz der den Kapitalrentnern in Aussicht gestellten weitgehenden sozialen Rücksichten verhältnismäßig schwerer betroffen werden würde... Zum Schluß soll noch auf einen Punkt hingewiesen werden: Die Deutsche Volkspartei hat gefordert, daß die Zwangsanleihe von Anfang an verzinst werden solle, damit die Möglichkeit bestehe, sie als mündelbares Papier zu betrachten und dementsprechend zu befehlen. Zweifellos wird sich für manche Betriebsinhaber eine solche Befreiung nicht umgehen lassen, aber gerade dies zeigt die finanzpolitischen Mängel der Zwangsanleihe in einer noch nicht hinreichend deutlichen Weise. Wenn nämlich solche Befreiungen im größeren Umfang vorgenommen werden sollten, so würde in dem entsprechenden Maße die Zwangsanleihe wieder in Noten zurückerwandelt werden. Diese Möglichkeit muß den Wert einer Maßnahme, deren Zweck es ja gerade ist, Noten zu fundieren, nicht unerheblich beeinträchtigen.“

Pinner kommt also zu denselben Schlussfolgerungen, von denen die Haltung der Unabhängigen Fraktion bestimmt war. Noch besser aber wird diese Haltung gerechtfertigt durch einen Artikel der „Zeit“, dem Organ der Deutschen Volkspartei. In ihm heißt es:

„Daß ein Steuerkompromiß unter Einschluß großer bürgerlicher Parteien ein unbedingte Notwendigkeit war, bedarf keines Beweises, denn ohne eine solche Vereinbarung mühte das

ganze Steuerproblem unschlarf einer Einkommenssteuer zur Lösung anheimfallen, und was dann aus den Steuern geworden wäre, kann man sich leicht vorstellen. Der jetzige Reichskanzler Herr Dr. Wirth hat bei einer früheren Gelegenheit als Reichsfinanzminister einmal gesagt, die bürgerlichen Kreise würden sich wundern, wenn er dazu übergehen mühte, die Steuerfragen mit einer sozialdemokratisch geleiteten Koalition zu lösen. Herr Dr. Wirth wäre wahrscheinlich zu einer solchen Lösung im Notfall auch diesmal wieder bereit gewesen, und deshalb ist es an sich schon ein unbestreitbarer Gewinn, wenn ein Steuerkompromiß sich auf einer Koalition ausbaut, die neben den Sozialdemokraten auch eine beträchtliche Anzahl bürgerlicher Parteien umfaßt. Gewiß haben auch für eine solche Kombination noch Opfer gebracht werden müssen, aber sie sind doch nicht zu vergleichen mit den schweren Vergriffen, die eine Einkommenssteuer der Vorkriegszeit zum Schaden der deutschen Wirtschaft zweifellos hätte zuzuführen kommen lassen.“

So wie das Kompromiß sich jetzt gestaltet hat, sind die Opfer des Ergebnisses wohl wert. Die Sozialdemokratie forderte ursprünglich neben der Zwangsanleihe, deren Höhe gar nicht begrenzt war, mindestens noch das zweite Drittel des Reichsnotopfers unter beschleunigter Einziehung. Sie bestand ferner auf der Berechnung des Vermögensstandes für die Vermögenssteuer nach dem gemeinen Wert. Durch das Steuerkompromiß, wie es gestern Abend dem Abfahrlitz ziemlich nahe gebracht wurde, wird die Frage des Reichsnotopfers jetzt nicht von neuem aufgeworfen, sondern es bleibt bei der Lösung, die in dem Gesetz über die Reichsnotopfer festgelegt ist. Eine Berechnung mit dem ersten Drittel des Reichsnotopfers findet nicht statt. Den gemeinen Wert als Vermittlungsgrundlage für den Vermögensbestand wird die Sozialdemokratie preisgeben, wenn auch nicht freiwillig. Sie wird sich dem Mehrheitsbeschlusse fügen, der in dieser Frage zweifellos den Entschluß in das Vermögenssteuergesetz einfügen wird. Auch andere Streitfragen, die mit den Entwürfen der Regierung zusammenhängen, werden jetzt eine Lösung durch Mehrheitsbeschlusse finden, und damit wird wohl in allen Fällen die Streitfrage nicht zugunsten radikaler sozialdemokratischer Forderungen entschieden werden. Auch die Nachkriegsgewinnsteuer wird fallen gelassen und damit verschwindet ein Steuerposten, der bei aller Richtigkeit der Grundanschauung doch in seiner technischen Ausgestaltung zu den verfehlten Steuererschöpfungen der neuen Zeit gehört. Es bleibt also als sichtbares Opfer des Besten, das die Sozialdemokraten gefordert haben, eine Zwangsanleihe, die den Sachwert bis zur Höhe von 40 Milliarden zunächst vielleicht zinslos festlegen wird. Wären die sozialdemokratischen Forderungen mit Hilfe einer Einkommenssteuer durchgeleitet worden, so wäre außer dieser Anleihe noch ein unerträglicher Eingriff in die Vermögenssubstanz erfolgt, und zwar nicht in Gestalt einer Anleihe, sondern durch Einziehung beträchtlicher Vermögenswerte. Demgegenüber erschien es geboten, einem Kompromiß zuzustimmen, das, abgesehen von den neuen Besteuern, die Vermögenssubstanz zur Zeit nur durch eine Anleihe belastet, die für den unrentierlichen Anleihebesitzer doch immerhin ein gewisses Wertobjekt bleibt, auch wenn sie einen erheblichen Zinsertrag nicht abwerfen sollte.“

Ist auch dieses Lob des Steuerkompromisses sicherlich von dem Bestreben diktiert, es den Besitzenden, die überhaupt nicht zahlen wollen, schmachhaft zu machen, so sind doch die einzelnen Tatsachen so richtig wiedergegeben, daß auch die Schlussfolgerung richtig bleibt: eine Einkommenssteuer hätte zweifellos eine viel stärkere Heranziehung der Besitzenden zu den Steuerlasten gebracht.

Eine Kulturschande ohne Gleichen

In zwei Sitzungen des Thüringischen Landtages ist durch den wiederholten Vorstoß der unabhängigen Landtagsfraktion eine Kulturschande ohne Gleichen entfalt worden. Die Fürsorgeerziehungsanstalten in Gotha, die dem darmberzogenen Scepter des Oberhofpredigers Schulz unterstehen, der gleichzeitig deutschnationaler Abgeordneter ist, befinden sich in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet. Dieser christliche, deutschnationale Herr konnte es mit seinem Gewissen vereinbaren, daß die Insassen dieser Anstalten einem majestätischen Kartarium ausgesetzt blieben, das heute noch bestehen würde, wenn nicht unabhängige Sozialisten in das Tätigkeitsgebiet dieses verantwortungslosen „Seelsorgers“ hineingekracht hätten. Unser Getauer Bruderblatt, die „Thüringische Tribüne“, veröffentlicht einen ausführlichen Bericht, dem wir einige Einzelheiten zur Kennzeichnung dieser christlichen Kulturschande entnehmen.

Eine Regierungskommission besuchte die Anstalten. Der rechtssozialistische Wohlfahrtsminister Fröhlich berichtete im Landtag: „Die Besichtigung der Gothaer Anstalt hat ergeben, daß diese in keiner Weise den hygienischen Ansprüchen genügt. Seife war nicht, Zahnbürsten nur vereinzelt vorhanden. Kein Jögling hat ein eigenes Handtuch. Der Verhandlungsraum und die medizinischen Instrumente machten keinen einwandfreien Eindruck. Das nur mit einem kleinen Dachfenster versehene Krankenzimmer war schmuggel. Am Tage der Besichtigung befanden sich in diesem halbdunklen, mit ekelregender Luft angefüllten Raum zwei kränkliche junge Leute, die nach in eine einfache wollene Kriegasdecke gehüllt, auf unglücklich schmuggeligen Matratzen lagen. In der einen Ecke stand ein Eimer, der mit Urin und menschlichen Excrementen angefüllt und seit dem vorhergehenden Tage nicht entleert worden war.“

Nach Schluß der Einzelheiten an, die im Laufe der Debatte bekannt geworden sind: „Die jugendlichen Jöglinge, zwischen 14 und 21 Jahren, schlafen wegen Mangel an Betten und Decken zu zweit in einem Bett. Onanie und Homosexualität feiern dabei reines Orgien. Krätze und Läuse beherrschen das ganze Haus. In den Jahren 1920/21 ist die Zahl der Krätzerkranken um mehr als 100 Prozent gestiegen. Mit Eiter und Blut besetzte Bettwässer breitet die Krankheit immer weiter aus. Die Kranken müssen nackt im winterlichen Hof ihre Notdurft verrichten. Henden sind Lügen. Die Arbeitsanlässe sind unglücklich zerfallen. Die Jöglinge leiden Hunger. Sie haben keine Kartoffeln, müssen aber für die Postdienstmitglieder des Vereins, dem die Anstalten gehören, besondere Salatlöffeln bauen. Milch und Butter kommen den Postdienstmitgliedern zugute. Dörsenstimmer und Hilfspferdepeitschen sind die wichtigsten „Erziehungsmittel“. Ein Jögling, der ausweischlich geisteskrank war, wurde mit Ketten angehängt.“

Die Thüringer sozialistische Regierung wird diesen christlich-nationalen Anstalten ausrotten. Sie hat beschlossen, sofort die Räumung dieser Anstalten zu veranlassen und weiter das ganze Fürsorgewesen in Thüringen neu zu ordnen. Es bleibt weiter zu fordern, daß gegen die verantwortlichen Beamten sofort das Strafverfahren eröffnet und über die beiden Vorhändigen des Anstaltsvorstandes wegen Verdunstungsgefahr die Untersuchungsinstanz verhängt wird.

Zur Sache selbst erübrigt sich jeder Kommentar. Es sei nur noch einmal wiederholt: Der verantwortliche Leiter dieser An-

stalten ist der christliche „Oberhofprediger“ Schulz, Seelsorger und Beichtvater der weiland gothaischen Herzöge, Führer und Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei!

Ein österreichischer Verzweiflungsschrei

Eine englische Kreditanleihe für Oesterreich?

DN. London, 26. Januar.

Eine Mitteilung des Österreichischen Bureaus besagt, daß bei den alliierten Regierungen ein verzweifelter Hilferuf der österreichischen Regierung eingetroffen ist. In einer langen Note erklärt die Wiener Regierung, daß der katastrophale Niedergang der Krone ein solch ungeheures Steigen aller Preise hervorgerufen habe, daß die Lage des österreichischen Volkes der völligen Verzweiflung nahe sei. Die österreichische Regierung wendet sich deshalb an die alliierten Mächte und erklärt, daß sie, wenn nicht innerhalb der nächsten Tage Hilfe aus dem Auslande eintreffen würde, jede Verantwortung für die Folgen ablehnen müsse. Infolge dieses Hilferufes der österreichischen Regierung erwägt Lord George die Gewährung einer Anleihe von 2½ Millionen Pfund Sterling für Oesterreich. Als Garantie für diese Anleihe würden die österreichischen Zölle dienen, und man würde auch eine Kontrolle über die Verwendung der Anleihe verlangen. Stimmt das britische Kabinett dem Vorschlage des Schahamtes zu, so wird die Anglo-Oesterreichische Bank Vorhänge an die österreichische Regierung gewähren. Es wird dabei betont, daß diese Anleihe also eine rein englische und nicht eine alliierte sein werde.

Bayerische Waffenschieber

Drahmeildung unseres Korrespondenten

München, 26. Januar.

Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags stellte heute der Kommunist Kenderl neuerdings die Frage an die Regierung, was sie gegen den früheren Polizeipräsidenten Voehner und den ehemaligen Chef der Polizei, Oberhauptmann Friedl, unternommen habe, die in Regensburg den Direktor der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft veranlassen wollten, im Juli 1921 Munition nach Ungarn zu verschleusen. Der Direktor habe sich geweigert, da Voehner keine amtliche Legitimation für den Austrag vorlegen konnte. Die Munition sei aber doch verschleusen worden. Der Minister erklärte, daß auf Grund anderer Informationen schon einmal Untersuchungen angestellt wurden, jedoch ohne Erfolg. Solange nicht neue Tatsachen mitgeteilt werden, liegt kein Anlaß für neue Untersuchungen vor. Auf einen Jurist, daß die „Münchener Morgenpost“ erste neue Tatsachen mitgeteilt habe, erklärte der Minister des Innern, daß die Regierung viel zu tun habe, wenn sie jeder Zeitungsnotiz nachgehen wolle.

Der Vorhändige des Ausschusses verstand es mit Aufwand großer Beredsamkeit, die weitere Erörterung der primären Frage als nicht zur Tagesordnung gehörend abzuwenden. Damit darf die Sache aber nicht erledigt sein. Die beiden Beschuldigten sind noch im Staatsdienst, und müssen zur Veranwortung gezogen werden.

Die städtischen Tarife

Noch keine Beratung in der Plenarsitzung — Die Stellung der U.S.P. im Ausschuss

Auf der Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetenversammlung stand als wichtigster Punkt die Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn. In der ersten Sitzung des Stadtschulsausses, der sich mit der Deckungsvorlage des Magistrats zu beschäftigen hatte, wurde von dem Vertreter unserer Partei gefordert, daß man endlich mit den richtigen zahlenmäßigen Unterlagen herausrücken sollte, die eine gründliche Prüfung der Magistratsvorlage ermöglichen. Es bestand nach der Generaldebatte im Ausschuss, die am Dienstag stattfand, die Absicht, zumindest die Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises in der gestrigen Plenarsitzung durchzuführen.

Die Vertreter unserer Fraktion machten dem Magistrat einen Streich durch seine frisierten Rechnungen. In der heutigen Stadtschulsausschussung wurde von den Vertretern unserer Partei ihre Zustimmung zu jeder weiteren Behandlung der Vorlage davon abhängig gemacht, daß der Magistrat endlich eine händige Erklärung abgibt, ob er die von der Stadtverordnetenversammlung wiederholt beschlossenen Reformen der Werke durchführen will. Entgegen dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, die den Stadtbaurat Harten leinerzeit mit der Durchführung des Reorganisationsplanes der Werke beauftragte, hat der Magistrat den Stadtbaurat Horien von seinem Posten entfernt und dadurch sein Arbeiten unmöglich gemacht. Es muß auch bemängelt werden, daß an der Spitze der Werke statt eines Fachmannes noch immer ein Jurist steht.

Für die Stellung unserer Partei zu den Tarifierhöhungen kommt weiter in Betracht, daß nach den jetzt endlich vorliegenden richtigen Zahlen die städtischen Werke ohne Erhöhung der Tarife folgende Ueberschüsse haben: Die Elektrizitätswerke 125 Millionen, die Gaswerke 6 Millionen, die Wasserwerke 8 Millionen. Lediglich die Straßenbahn würde nach der Fahrpreiserhöhung auf 2 M. noch 77 Millionen Mark Defizit aufweisen. Daß bei einer solchen Lage der Dinge unsere Partei der ungeheuren Mehrbelastung der arbeitenden Bevölkerung nicht zustimmen kann, ist selbstverständlich. Was an den Gaswerken noch mehr eingebracht werden muß, um zu einer für den weiteren Ausbau der Werkstätten nötigen Höhe der Einnahmen zu kommen, muß in erster Linie durch erparnisbringende Reformen ersetzt werden. Da dieselbe Reformbedürftigkeit auch bei der Straßenbahn besteht, haben die Vertreter unserer Partei im Ausschuss verhandelt, daß in der gestrigen Plenarsitzung bereits eine Behandlung der Deckungsvorlage vorgenommen wurde. Ueber die an sich zweifellos notwendige Erhöhung der Einnahmen der Straßenbahn kann erst gesprochen werden, wenn der Magistrat endlich die Bedingungen der Stadtverordnetenversammlung erfüllt.

Sitzungsbericht

Zu Beginn der gestrigen Sitzung nahm der Oberbürgermeister noch im Auftrag des Oberpräsidenten die Einführung der unbesoldeten Stadträte vor. In seiner Ansprache behauptete er die zwischen dem Berliner Magistrat und den Bezirksämtern ausgetretenen Differenzen und betonte, daß die eigentlichen Selbstverwaltungskörper der Berliner Bürgerstadt die zentrale Stadtverordnetenversammlung und der Berliner zentrale Magistrat seien. Es sei aber für die Zukunft eine reichsweite Arbeit zu erhoffen. Darauf leisteten die Neugewählten, darunter auch der Kommunist Lech, den Eid auf die Verfassung. Der Vortrager Dr. Caspari begrüßte die Stadträte ebenfalls mit einer kurzen Ansprache.

Der Magistrat unterbreitete der Versammlung eine Dringlichkeitsvorlage, zur Beratung des neuen

Manteltarifs der städtischen Arbeiter

einen aus 8 Magistratsmitgliedern und 17 Stadtverordneten bestehenden gemischten Ausschuss einzusetzen. Nach kurzer Aussprache wurde ein Antrag der K. P. D., die Anzahl der Stadtverordneten auf 20 zu erhöhen, abgelehnt, die Magistratsvorlage einstimmig angenommen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund will auf dem Grundstück Ede Hofmannstraße und Straße II in Tempel ein Haus errichten. Der Magistrat hat die Vorlage über den Verkauf des in städtischem Besitz befindlichen Grundstückes schon vor länger als vier Monaten der Versammlung zugehen lassen. Die Stadträte (S. P. D. und Heimann (U. S. P.)) forderten sofortige Beschließung; die Forderung der bürgerlichen Parteien, die durch Stadtr. Vender nochmalige Ausschussberatung beantragten, sei nur von dem Sach gegen die freien Gewerkschaften diskutiert. In namentlicher Abstimmung wurden 76 Stimmen für und 88 Stimmen gegen die weitere Beschließung der Vorlage abgegeben. Die Vorlage selbst wurde dann mit Mehrheit angenommen.

Erhöhung der Kurz- und Verpflegungskosten

führte Genosse Dr. Wehl aus: Die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung der Kurz- und Verpflegungskosten geht über das Maß des Erträglichsten gewaltig hinaus. Wir haben leinerzeit Ausschussberatung darüber beantragt, um das Material gründlich zu prüfen. Man hat uns jede Aufklärung darüber vorenthalten, wie es möglich ist, daß die Ausgaben für jeden Kranken 80 M. betragen. Wir sind nicht in der Lage, die Verantwortung für die Erhöhung vor der Bürgerschaft zu tragen, wenn wir nicht eingehend prüfen können, wie die Ausgaben zuhause gekommen sind, denn wir sind es gewohnt, wie jetzt bei der Vorlage über die Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise, daß uns der Magistrat falsche Zahlen vorlegt. Die Krankenkassen sind nicht in der Lage, die hohen Sätze zu zahlen. Sie zahlen schließlich nur die Krankengelder und verlangen von dem Kranken oder seinen Angehörigen einen Zuschuß, so daß tatsächlich diese Erhöhung der Krankenkassen eine erhebliche Stärkung der Gesundheitsverhältnisse unserer Stadt bedeutet, und daß in einer Zeit, wo infolge der Grippe und sonstiger Krankheiten jeder benötigt ist, aus Rücksicht auf die unzulänglichen Wohnungen, Mangel an Heizung, Mangel an Verpflegung, Mangel an Aufwartung im Krankheitsfall eine Anhalt aufzuheben. Meine Freunde beantragen Zurückweisung der Vorlage an den Magistrat. (Lebhafte Beifall.)

Stadtr. Dr. Richter (Dil.) trat dem Vortrager entgegen. Die Erhöhung der Sätze mag vom Standpunkte der Gesundheitspflege bedauerlich erscheinen, sei aber unabweisbar, wenn die städtischen Krankenhäuser nicht zugrunde gehen sollen. Stadtr. Rintorf (Komm.) sprach im Sinne des Gen. Wehl. Für die Vorlage sprach Stadtr. Frau Dr. Wnodjinski (S.P.D.); Stadtr. Dr. Falkenberg (Wolffs) bekämpfte den von Dr. Wehl gestellten Antrag auf Ausschussberatung; Stadtr. Krüger (S.P.D.) lehnte es entschieden ab, daß durch die Annahme der Krankenkassenmitglieder zu beschleunigter Schädigung der Krankenkassenmitglieder zu befürchten seien. — Stadtr. Kunze (D. Soz.) unterläßt den Antrag auf nochmalige Rückgabe der Vorlage an den Ausschuss.

Die Abstimmung über den Antrag Wehl war auf Antrag der Kommunisten wiederum eine namentliche (die dritte in dieser Sitzung!). Sie ergab die Ablehnung des Antrages mit 128 gegen 53 Stimmen. Die Vorlage des Magistrats wurde angenommen.

Der Verkauf des Grundstücks in Reinickendorf, auf dem das Wirtschaftsamtsamt steht, mit dem Inventar rief ebenfalls eine Debatte hervor, die wiederum mit einer namentlichen Abstimmung endete. Dem Verkauf wurde mit 144 gegen 21 Stimmen (K. P. D. und Knippelung) zugestimmt. Die Beratungen dauerten bis Schluß des Blattes noch an.

Groener gegen das Streikrecht der Beamten

Anweisungen an die Eisenbahnbehörden — Drohung mit dem Disziplinarverfahren

Wolffs Bureau meldet: Der Reichsverkehrsminister hat in der Frage des Beamtenstreiks den Reichsbahnbehörden folgende Anweisung gegeben:

Nach Zeitungsberichten hat der Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter beschlossen, der Reichsregierung Forderungen vorzulegen unter Stellung einer Frist, nach deren fruchtlosem Ablauf die Beamten zum Eintritt in den Streik aufgefordert werden soll. Ich habe die Reichsgewerkschaft befragt, ob diese Nachricht zutrifft, und sehe mich veranlaßt, folgendes bekanntzugeben:

Jeder Eisenbahnbeamte ist verpflichtet, seine volle Kraft einzusetzen für die sichere und geordnete Bewältigung des Betriebes und Verkehrs. Gegen diese Pflicht verstößt nicht nur, wer sich ohne begründete Entschuldigung vom Dienste fernhält, sondern auch, wer Arbeiten nicht ausführt, die seiner Dienststellung gemäß ihm obliegen oder von der zuständigen Stelle aufgetragen werden. Jede willkürliche Dienstverweigerung ist eine Verletzung der Amt- und Dienstpflichten, die den Beamten gegenüber der Allgemeinheit obliegen, sie ist als Dienstvergehen strafbar. Gleich wie das Reich nicht in der Lage ist, das Anstellungsverhältnis eines Beamten unter Aufrechterhaltung der gesetzlichen Schutzvorschriften zu lösen, steht auch dem Beamten ein Recht auf Arbeitsverweigerung nicht zu.

Gegen Beamte, die dieser Warnung entgegen ihre Pflicht verletzen, ist unbeschadet der Bestimmung des § 14 Abs. 3 des Reichsbeamtengesetzes die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens und die vorläufige Enthebung vom Dienste alsbald herbeizuführen.

Der Reichsverkehrsminister.
Groener.

Die Pressehege gegen die Eisenbahner hat also schon gewirkt. Herr Groener, der auch sonst in jüngster Zeit scharfmacherische Reizungen gezeigt hat, spricht den Beamten das Streikrecht ab. Es ist das nicht das erste Mal. Uebuliche Verfügungen haben Herr Giesberts wie Herr Groener auch schon früher von sich gegeben. In jedem Falle befinden sich die Herren in Widerspruch zur Reichsverfassung, die den Beamten das Koalitionsrecht gewährt, ohne eine Einschränkung zu machen, ohne also das Streikrecht der Beamten zu verneinen. Der Reichsverkehrsminister vermeidet es daher auch, sich bei seinem Feldzug gegen das Streikrecht auf die Verfassung zu berufen. Er schiebt das Dienstverhältnis und das Beamtenanstellungsrecht vor und droht mit dem aus der finsternen Welt wilhelminischer Reaktion stammenden Disziplinarverfahren. Der Anspruch der Beamten auf das Streikrecht, der nach unserer wiederholt betonten Meinung unverrückbar feststeht, hat mit dem besondern Dienstverhältnis gar nichts zu tun. Diesem Anspruch kann aus Gründen des Dienstverhältnisses daher auch nicht widersprochen werden. Die Forderung nach dem Streikrecht für die Beamten gründet sich auf ihre Stellung im Produktionsprozeß und auf ihre soziale Lage. Daß besonders diese letztere der Lage der Industriearbeiterschaft völlig

gleich ist — das hat gerade die Regierung durch die jüngsten Besoldungsreformen bewiesen. Wenn sie trotzdem nicht begreift, daß es ein Streikrecht der Beamten gibt und geben muß, dann wird wohl der Beamten, daß doch nichts anderes übrigbleiben, als die Existenz dieses Rechts einmal durch die Tat seiner Anwendung nachzuweisen.

Förderung wilder Eisenbahnerstreiks durch Regierungsorgane?

Selbe Pressehege

Der im Hirsch-Dunderschen Jahresspiegel folgende allgemeine Eisenbahnerverband übermittelte der Presse einen Wahrspruch, in dem darüber Bescheid gefaßt wird, daß der Deutsche Eisenbahnerverband durch die Eisenbahnerverwaltung begünstigt wird. Zu dieser Auffassung kam der genannte Verband durch einen Vorgang, der sich am 23. Januar in der Eisenbahndirektion Breslau abspielte. Der Eisenbahndirektionspräsident hatte die Eisenbahnerorganisationen zu einer Besprechung über die Streikfolgen und über die Feststellung des Begriffes des gewalttätigen Eingriffs in den Betrieb eingeladen. In dem Wahrspruch wird nun über den Verlauf der Sitzung gesagt, die Vertreter der anderen Eisenbahnerverbände hätten erklärt, mit den Vertretern des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nicht zu verhandeln, weil diese polizeilichen Schuß für die arbeitswilligen Mitglieder ihrer Organisationen nachgesucht hätten! Daraufhin habe der Direktionspräsident die Vertreter des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nach Hause geschickt, indem er ihnen ein Protokoll über die Sitzung und eine andere persönliche Aussprache in Aussicht stellte. Wörtlich heißt es dann: „Der Mann also, der während der wilden Streikbewegung seine Pflicht gegenüber den Eisenbahnern und gegenüber dem Vaterland erfüllte, mußte auf Veranlassung der Eisenbahnerverwaltung zum Dank dafür die Sitzung verlassen, und diejenigen, die in unverantwortlicher Weise den wilden Streik provoziert hatten, durften triumphierend zurückbleiben.“ Zum Schluß wird die Frage aufgeworfen, ob die Regierung ein derartiges Verhalten ihrer Organe, daß geradezu fördernd auf wilde Streiks wirkt, billigt.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes stellt hierzu fest, daß der geschilderte Vorgang in der Eisenbahndirektion sich wie folgt zugezogen habe. Der Eisenbahndirektionspräsident Boigt hatte am 17. Januar an der vom Minister Groener einberufenen Präsidentenbesprechung in Berlin teilgenommen, die sich mit dem letzten Eisenbahnerstreik beschäftigte und nach seiner Rückkehr die Organisationsleiter zu sich geladen, um über den Begriff des gewalttätigen Eingriffs in den Betrieb zu verhandeln. Der Vertreter des D. E. V. verlangte nun, daß nur am Streik beteiligte Organisationen zugelassen werden, weil doch nicht nur arbeitswillige über die Streikenden zu Gericht sitzen könnten. Der Allgemeine Eisenbahnerverband hatte sich am Streik nicht beteiligt und hatte deshalb auch kein Recht zu verlangen, in der Angelegenheit gehört zu werden.

Kommunistische „Einheitsfront“

Die französischen Kommunisten gegen die internationale Konferenz

Das Bureau der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien hat bekanntlich an alle proletarischen Länder die Aufforderung erlassen, zu Anfang Februar gemäß der Einladung der französischen Sozialisten eine Konferenz abzuhalten, in der speziell die Reparationsfrage behandelt werden soll. Soweit Deutschland in Frage kommt, hat der Parteivorstand der SPD. sich für die Beteiligung an der Konferenz ausgesprochen. Die deutschen Kommunisten haben nicht direkt abgelehnt, aber statt der Fünfländerkonferenz eine allgemeine internationale Konferenz vorgeschlagen. Gleichzeitig hat in Frankreich die Parole der „Einheitsfront“ in Verbindung mit der geplanten Reparationskonferenz bei den Kommunisten eine lebhafteste Diskussion hervorgerufen. Zur Klärung der Frage wurde am Sonntag eine besondere Konferenz der kommunistischen Bezirkssekretäre Frankreichs abgehalten, in der sich die meisten Delegierten gegen die Einheitsfront aussprachen.

Wie Genosse Pöon Blum im „Populaire“ feststellt, sind nur die unentwegnen Moskowiter Lorrion, Nappoport, Souparine für die Befolgung der aus Moskau ausgehenden neuen Parolen. Trossard, Cahin und Renoult sind gegen sie. Eine merkwürdige Situation: Die Linke ist dafür, das Zentrum dagegen. Und um die Situation noch komplizierter zu gestalten, markiert die äußerste Linke mit dem Zentrum gegen die moskowitzische Linke. In der Frage der Beteiligung an der geplanten Reparationskonferenz hat nun Trossard, der Generalsekretär der Partei, folgendes erklärt:

„Bei dieser Gelegenheit lege ich Wert darauf, Ihnen mitzuteilen. — und ich spreche dabei im Namen sämtlicher Mitglieder des Parteivorstandes —, daß wir an der Konferenz der Internationale 2½ nicht teilnehmen werden. Und wenn die Partei uns den Auftrag erteilen sollte, uns daran zu beteiligen, so würden wir einem anderen Parteivorstand die Ausführung dieses Auftrages überlassen.“

Nach dieser kategorischen Ablehnung muß man annehmen, daß die kommunistische Partei Frankreichs der Fünfländerkonferenz fernbleiben wird. Die Ursachen dieser Abstinenz sind zweifacher Natur: Einerseits sieht der Haß gegen die sozialistische Partei bei den Trossard, Cahin usw. so tief, daß sie selbst auf die Moskauer Parole der proletarischen Einheitsfront pfeifen, um sich nur nicht mit den verhassten Sozialisten Languet und Genossen an einen Tisch setzen zu müssen. Andererseits ist die Ablehnung der Beteiligung an der Konferenz für die französischen Kommunisten auserordentlich bequem. Sie machen zwar zweiwelfen große Worte gegen Poincaré, aber im Grunde weichen sie jedem Kampf gegen den nationalen Bloa aus. Bei der bevorstehenden Reparationskonferenz hätten sie Farbe bekennen und sich in eine Front mit dem Proletariat der übrigen Länder gegen den französischen Nationalismus stellen müssen. Wer wird aber von den gestrigen Sozialpatrioten Cahin und Trossard einen entschiedenen Kampf erwarten dürfen, wenn es sich nur um den Kampf gegen die französische Reparationspolitik handelt, die zu einem der härtesten Hemmnisse des Wiederaufbaus Europas geworden ist?

Die ablehnende Haltung der Cahin und Trossard ist nur ein neuer Beweis dafür, wie sich verkappter Nationalismus und feiger Opportunismus mit radikaler kommunistischer Phrasenologie zu paaren versteht.

Die Hölle von Zala Egerzeg

U.K. Das ungarische sozialdemokratische Organ „Közlöny“ veröffentlicht seit Ausübung der Zensur in einer Artikelserie grauenerregende Schilderungen über die Zustände in dem Internierungslager Zala Egerzeg, die alles, was bisher darüber in die Öffentlichkeit gelangt ist, an Schrecklichkeit übertrifft. In diesem Lager sind „politisch verdächtige“ Personen aus allen Gesellschaftsklassen zusammen mit ihren Familien teilweise schon seit Jahren interniert. Mit raffinierter Grausamkeit haben die zuständigen Behörden aber auch notorische Zuchthäuser, Prostituierte, verkommene Trunksüchtige usw. hier untergebracht. In den schlecht gehalten und mangelhaft gelüfteten Baracken, die als gemeinsamer Unterkunftsraum dienen, befinden sich die internierten Familien, auch Kranke, schwangere Frauen, kleine Kinder und Säuglinge zusammen mit Raubmördern, geschlechtskranken Dirnen und Halbdolchen.

Selbstverständlich herrscht strengste militärische Disziplin. Die geringfügigsten Zuwiderhandlungen der Internierten gegen die Vorschriften werden mit Einzelhaft, stundenlangem Knien und ähnlichen Strafen geahndet, wobei auf Geschlecht, Alter und Gesundheitszustand keine Rücksicht genommen wird. Selbstmorde und Todesfälle infolge dieser Behandlung kommen häufig vor. Auch ist es an der Tagesordnung, daß Frauen und Mädchen, die aus irgendwelchem Grunde in Einzelhaft gesetzt wurden, von den wachhabenden Soldaten verewaltigt werden. Internierte, die bei einem Fluchtversuch ergriffen wurden, sind halb tot geschlagen worden. Die Verpflegung der Internierten ist vollkommen ungenügend, die hygienischen Verhältnisse spotten jeder Beschreibung. Anstehende Krankheiten wüten in den Reihen der Internierten in erschreckendem Maße.

Selbstverständlich ist auch nach diesen Veröffentlichungen der „Közlöny“ von Seiten der Regierung nichts geschehen, um den schrecklichsten Missetaten abzuwehren, geschweige denn den Internierten die Freiheit wiederzugeben. Im Gegenteil hat Graf Bethlen erst kürzlich in der Nationalversammlung die Internierungslager als unentbehrlich bezeichnet.

Kleine Nachrichten

Drohende Massenansammlung. Der Dänische Arbeiterverband kündigt für den 3. Februar die Auslösung von ungefähr 100 000 Arbeitern verschiedener Berufe an, mit deren Organisationen bisher eine Einigung über die Lohnherabsetzung und Aufhebung des Achtstundentages nicht zu erreichen war.

Gegen Moskau. Der tschechoslowakische Gewerkschaftsverband lehnte den kommunistischen Antrag, die tschechoslowakische Gewerkschaftszentrale möge aus der Amsterdamer Internationale austreten und sich der Moskauer Internationale anschließen, mit 300 gegen 227 Stimmen ab.

Reichskonferenz der K. P. D. Am kommenden Sonntag findet in Berlin die erste Reichskonferenz der kommunistischen Arbeitergemeinschaft statt. Die Konferenz wird sich in erster Linie mit den Belangen des Zentralauschusses der kommunistischen Partei beschäftigen, die beabsichtigt in ihrer letzten Sitzung 28 Mitglieder der K. P. D. ausgeschlossen hat.



Sonnabend
Montag
Dienstag

3 Ultimo-Tage

Sonnabend
Montag
Dienstag

Von unseren enormen Warenvorräten bringen wir für diese drei Tage unglaublich billige Angebote!

Kein Verkauf an Wiederverkäufer

Hier einige Beispiele:

Die Preise haben nur für diese drei Tage Gültigkeit

Damen-Lack-Gürtel	2,95	Dunkelfarbige Sommerstoffe	Mtr. 9,50	Stillich-Kissen, vorgeseicht auf grau Leinen	9,50
Remden-Passen in guter Qual.	8,50	Diagonale Stoffe für Kleiderböden	Mtr. 17,50	Decken 60/60, vorgeseicht mit Holzkamm	9,50
Damen-Kragen, Matrosen-Form, in schöner Ausführung	11,50	Gran gemusterte Kostümstoffe 120cm breit	29,50	Wachswech-Tischdecke, in Qual. Dackel-Muster, 100/130	48,00
Weiche Rippenkragen für Herren, Stück	4,95	Ungebleichte Vorhangsstoffe	Mtr. 9,50	Speiseteller, Hart und weich	1,75
Weibe Ballist-Holzbaum-Taschen, Stück	2,45	Un errock-Molton, welche, mollige Qualität	Mtr. 12,50	Fens erleder	9,50
Gummi-Träger mit Lederpatzen	11,90	Blusen-Planelle in schönen Streifen, Mtr.	19,50	Eßlöfel, Aluminium	1,25

Loewenberger & Co

Swinemünderstrasse 86 Ecke Kornzeugsstrasse
Straßenbahnverbindungen: Haltestelle Demminer Straße: 27, 40, III, U, 5, 8, 33, 36, 37, 41, 42, 93, 9, 13 und Ringbahnhof Gesundbrunnen

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Maffie Menich
Neues Volksbühnen
7 1/2 Uhr: Die Gezeiten
Seebroders Kreis
Theater
8 Uhr: Die Gezeiten
Seebroders Kreis
Theater
7 1/2 Uhr: Die Gezeiten
Seebroders Kreis

Römische Oper
7 1/2 Uhr: Die Gezeiten
Seebroders Kreis
Der Herr der Welt

Theater am Kollendorferplatz
7 Uhr: Die Ehe im Kreise

Casino Theater
7 1/2 Uhr: Der Weg zum Glück
Ab Sonnabend, d. 20. Januar
Familie Gänselein
Stg. 3. u. 4. Das Gastspiel

Walhalla-Theater
8 Uhr: Die Mondscheindame

Apollontheater
8 Uhr: Die Mondscheindame

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Die Mondscheindame

Residenz-Kasino
8 Uhr: Die Mondscheindame

Circus Busch
7 1/2 Uhr: Die Mondscheindame

Möbel
kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128 I, E. Schillerstr. Kein Laden

Briefwechsel zw. Schiller u. Goethe
302 Seiten stark und gut gebunden je 5.- Mk.
Buchhandl. „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Neue Welt

A. Scholz, Hasenheide 108-114

Bockbier-Fest

in den bayer. Alpen
8 Kapellen 30 bayr. Maß!

Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag

Großer Ball

Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Vorverkauf:
Morgen Sonnabend, den 27. Januar

Großer Alpenball

Möbel

Bar :: Teilzahlung

Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer sowie Einzelmöbel und farbige Küchen

kaufen Sie heute noch sehr

billig

will ich noch sehr große Lagerbestände besitzen, die ich billiger verkaufe, als ich dieselben heute einkaufen würde. — Gekaufte Möbel können kostenlos lagern

Beiser Lothringer

Strasse 67

Metall

ankaufsstelle
Osten.
Grüner Weg 80

zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.

Geld
für die Wertpapiere, Gold-
Ankaufspreise für Gold-
scheine, Brillanten, Gold-
gegenstände, Tropfen,
Fächer usw. Weiß,
Friedrichstr. 41, III,
Ecke Kochstr.

Teilzahlung
Kaufmanns- u. Kaufmanns-
Läden, Schläpfer, moderner
Möbel, etc. etc. etc.
Kaufmanns- u. Kaufmanns-
Läden, Schläpfer, moderner
Möbel, etc. etc. etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Prenenstr. 83-85
Telephon Amt Norden Nr. 833-836

Am Sonntag, den 28. Januar 1922, von
mittags 9 1/2 Uhr, im Saal der Höhe
Venusstr. 24

Funktionär-Verammlung

aller Funktionäre aus den Betrie-
ben, welche dem D. M. A. an-
geschlossen sind und zum Metall-
kartell gehören.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen im Reichs-
arbeitsministerium.
2. Diskussion.
Antritt nur gegen Vorzeigung des Mitglieds-
weises einer dem Metallkartell angeschlossenen Be-
triebsunion und der mit dem Stempel D. M. A.
versehene Funktionärskarte

Das Metallkartell.
D. M. A. Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Sonntag, den 29. Januar 1922, von
mittags 9 1/2 Uhr, in der Schulula, Weinmeister-
straße 18

Branchen-Verammlung

aller freigewerkschaftlich organisierten
Kolleginnen und Kollegen des
Branche der Walzwerke, Bleis-
Drathfabrik sowie Papierhofs-
beiter u. Arbeiterinnen soweit dies
selben dem Metallkartell angehören.

Tagesordnung:
1. Bericht von den Verhandlungen.
2. Stellungnahme zur neuen Eingruppierung.
3. Branchenanträge und Diskussionen.

Die Ortsverwaltung.

Gas pro Kubikmeter jetzt 2.50!!

Das ist ca. das 40fache des Friedenspreises!

Karbid pro Stunde 8-10 Pfg.

Unsere Patentlampe „Feuerhand“ bietet jetzt eine so enorme Ersparnis gegenüber dem teuren unerschöpflichen Gas, daß Sie nun endlich sich diese moderne Lampe zulegen sollten. In den letzten Wochen haben wir Hunderte dieser Lampen verkauft, alle unsere Kunden sind sehr zufrieden! „Feuerhand“ ist nicht zu verwechseln mit den alten unsicheren Systemen. „Feuerhand“ brennt absolut ruhig und gleichmäßig, ist vollständig geruchlos im Brennen bei außerordentlich geringem Karbidverbrauch! „Feuerhand“ ist vom Deutschen Acetylen-Verein als wirklich brauchbare Lampe begutachtet, das Gutachten liegt in unserem Geschäftslokal zur Einsicht aus!

Besichtigung und Vorführung ohne jeden Kaufzwang

Prima Karbid stets am Lager, jetzt per Kilo M. 9⁰⁰

Franz Borowicz

Metallwaren-Industrie
Berlin SO 26, Waldemarstraße 27

vorn parterre Geschäftszeit von 9-7
1 Minute vom Moritzplatz und Oranienplatz
2 Min. v. Görlitzer Bahnhof und Hermannplatz
Fernspr.: Amt Moritzplatz 4675, 4676.

Günstige Angebote in

Amer. Opus. Schal-Str. 85
Amer. Opus. Schal-Str. 85
Amer. Opus. Schal-Str. 85
Amer. Opus. Schal-Str. 85

Pelzwaren-Haus
A. Klass & Co.
Rosenthaler Straße 40-41
am Ende des Markts

Zeißfeldstecher
„und 5. und 6. hundert hundert
M. Steckmann,
Berlin W 9, Potsdamer
Str. 133 (Kilgum 9299)

Botenfrauen sofort gesucht

Austragelohn

pro Monat u. M. 4 20

Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9

Expedition Krüger
Neukölln, Neckarstraße 3

Expedition Reifewitz
Lichtenberg, Tasdorfer Str. 25

Expedition Spickermann
Pankow, Mühlenstr. 20

Expedition Franzen
Wittstocker Straße 19

Expedition E. Bell
Rosenthal, Niederstr. 3

„Freiheit“-Ausgabestelle
Charlbg., Wallstraße 4

Expedition Werner
Greifswalder Straße 29

Expedition Franke
Genter Straße 34

Expedition Rohmann
Huffitenstraße 43

Expedition Kolbe
D, Weberstraße 25

Expedition Bamberg
Reinickd., Ost, Residenzstr. 126

Expedition Sinner
Skaliyer Straße 101

Expedition Glesche
Pankstraße 60 (Laden)

Expedition Wuhly
Choriner Straße 68

Zur: Pocz., Postg., Gartenstraße.

Sowden erschienen:

KARL KAUTSKY

Irland

32 Seiten . . . Preis 6.- M.

Aus dem Inhalt: 1. Irlands frühere Geschichte. 2. Der Wille in 19. Jahrhundert. 3. Der Wille in 19. Jahrhundert. 4. Irland im 20. Jahrhundert. a) Irlands neue Verfassung. b) Die neue Verfassung. c) Die neue Verfassung. d) Die neue Verfassung. e) Die neue Verfassung. f) Die neue Verfassung. g) Die neue Verfassung. h) Die neue Verfassung. i) Die neue Verfassung. j) Die neue Verfassung. k) Die neue Verfassung. l) Die neue Verfassung. m) Die neue Verfassung. n) Die neue Verfassung. o) Die neue Verfassung. p) Die neue Verfassung. q) Die neue Verfassung. r) Die neue Verfassung. s) Die neue Verfassung. t) Die neue Verfassung. u) Die neue Verfassung. v) Die neue Verfassung. w) Die neue Verfassung. x) Die neue Verfassung. y) Die neue Verfassung. z) Die neue Verfassung.

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 u Breite Straße 8-9

Dr. Kautsky's

Quilnifin

„Befreit sich, pediment
Leidenschaft gegen
Krankheiten, Nerven,
Kopfschmerzen, Erregt
den
Blutkreislauf, fördert die
Blutreinigung, wirkt
auf die Verdauung, ist
ein wirksames
Mittel gegen
alle Krankheiten.“

Generallieferant und Depot:
G. Kautsky, Berlin W 50
Wärburger Straße 6

In der Nähe vom
Hermannplatz
(Neukölln)

„billigstes Zimmer, wunderbar
mit elektrisch Licht, gerucht. Perf.
Angebot mit eigener Angabe der
Lage und des Preises erheben unter
N. 107, Haupt-Expedition dieses
Blattes, Breite Straße 8-9

Berlin SW 61

Julian Bordardt

Deutsche Wirtschaftsgeschichte
Von der Urgesellschaft
bis zur Gegenwart

Band 1:
Bis zum Ende der Hohenstaufen

Kartons: M. 18.-
Gebunden M. 25.-
Wbl. Ausg. M. 45.-

Ein unverzichtbares Handbuch
für jeden Arbeiter

PELZWAREN

auf Teilzahlung

Pelzwarenfabrik Kallits
Tille-Wardenberg-Str. 11
am Bahnhof Tiergarten

Gewerkschaftshaus

SO 16, Engelufer 25
Oekon.: M. Schröder
Fernsprecher: Moritzpl. 8641

Die anerkannt vorzügliche Küche!!!

Jeden Dienstag und Freitag: **Schlachtefest!**
Spezialität: Frische Blut- und Leberwurst mit Sauerkohl.

ER und die Gratulanten

Zum 27. Januar 1922

Was klappert ihr mit euren Zähnen. Nur Mut, ER ist noch nicht verlor'n. ER wartet immer noch in Doorn Und ist gerührt von euren Tränen.

ER wußte sich — wie ihr! — zu schonen, Samt seiner Söhne trauem Kreis. ER künsterte sich Trank und Speis' Und ließ dem Volk die blauen Bohnen.

Es starben hin für seine Größe Millionen blutig und zerjeht. Zu immer neuem Ward geheht. ER selber gab sich keine Blöße.

Den Söhnen wurden eodne Tressen, Für die das Volk ins Blutbad stieg... Es war ein wundervoller Krieg. Mit welschen Weinen und Matressen.

Gottlob, so ist ER euch geblieben, Der nicht den Mut zum Sterben hatt'. Geblieben ist ein blutend Blatt, Das die Geschichte ihm geschrieen.

Geblieben sind ihm Gratulanten Mit Ordensfegen und Begleich, Und hübschschönes Geschieß Von Speichellebern und Trabanten.

Bruno Schönian!

Die Auszahlung zuviel gezahlter Steuern

Zur Zeit gehen dem einzelnen Steuerpflichtigen endlich die Veranlagungsbescheide für das Jahr 1920 zu. Daher gewinnt diese Frage praktische Bedeutung. Soweit dem einzelnen Arbeitnehmer der einbehaltene Betrag in Marken gestellt, entwertet und in der Steuerkarte einbehalten worden ist, wird die Rückzahlung der Differenz des in dem Veranlagungsbescheid festgestellten tatsächlich zu zahlenden Steuerbetrages und dem durch Marken einbehaltenen Betrage keine weiteren Schwierigkeiten bereiten. Bei Vorlage der Steuerkarte wird die im Veranlagungsbescheid angegebene zuständige Steuerbehörde den Unterschied ohne weiteres feststellen und auszahlen können. Zu Händen für die Abrechnung ist diejenige Steuerbehörde, in deren Bezirk der Steuerpflichtige am 15. November 1920 seine Wohnung gehabt hat.

Ziel kühnerer dagegen liegen die Fälle, in denen der Arbeitnehmer keine Steuerkarte vorlegen kann, weil der Arbeitgeber seinerzeit von der Abführung der einbehaltenen Steuerbeträge im Wege der Ueberweisung an die Steuerbehörde auf Grund von Listen Gebrauch gemacht hat. So viele Vorteile sogenanntes Listensystem vielleicht für kleinere Betriebe mit sich gebracht haben mag, so viele Nachteile hatte es bei großen Gemeinwesen mit mehreren Finanzamtsbezirken. In Erkenntnis der sich ergebenden Schwierigkeiten und deren Folgen für den einzelnen Arbeitnehmer hatte der Magistrat der Stadt Berlin eine Zentralfirma eingerichtet, die mit Hilfe des Einwohnermeldeamts und sonstiger Rückfragen bei den einzelnen Arbeitgebern versuchen sollte, die eingelaufenen Listen systematisch aufzuarbeiten, und die Beträge der zuständigen Stelle zu überweisen. Zum Teil ist die Arbeit dieser „Rechenanstalt für Steuerabzüge“, Kommandantenstr. 82, geblüht, zum Teil sind die Steuerbeträge nicht unterzubringen gewesen.

Arbeitnehmer solcher Betriebe, die Steuern mittels Listensystem abgeführt haben, müssen sich von ihrem Arbeitgeber aus dem Jahre 1920 Bescheinigungen über die abgeführten Beträge ausstellen lassen. Diese Bescheinigungen werden von den zuständigen Steuerbehörden Groß-Berlins wie Steuermarkenblätter angenommen. Die auf den Bescheinigungen angegebenen Beträge werden als tatsächlich bezahlt anerkannt, und bei der Zahlung der fälligen Steuern einschließlich der etwa in Betracht kommenden Rückzahlung verrechnet. Eine Abweisung der Pächter mit der Begründung, der Betrag sei bei der Steuerfälligkeit noch nicht eingegangen, wird nicht mehr erfolgen. Die Verrechnung des Betrags darf nur in dem Falle abgelehnt werden, wenn begründeter

Verdacht vorliegt, daß die in der Bescheinigung angegebenen Zahlen von einem Unbefugten geändert sind.

In allen derartigen Fällen, in denen der Arbeitnehmer seiner Steuerbehörde gegenüber glaubhaft macht, daß für ihn Steuerbeträge einbehalten sind, und der Arbeitgeber diese Beträge direkt der Kasse überweisen hat, haben die Steuerbehörden die strikte Andienung, bis zur endgültigen Auffindung des überwiesenen Betrages keine Zwangsmassnahmen, wie Pfändung u. w., vorzunehmen.

Der Zugzusammenstoß am Gesundbrunnen

Das Eisenbahnunglück auf der Ringbahn, über das wir bereits kurz im gestrigen Abendblatt berichtet haben, hat sich folgendermaßen zugetragen: Auf der Blockstation F 25 zwischen den Stationen Wedding und Gesundbrunnen hielt der von Bahnhof Wedding kommende und in Richtung Gesundbrunnen fahrende Nordringzug, um auf sein Einfahrtsignal zu warten. Bevor dieses noch gegeben wurde, kam der Vollringzug, der gleichfalls jedoch den Bahnhof Wedding verlassen hatte, in voller Fahrt in der Richtung Gesundbrunnen an. An ein Halten des Zuges war indessen wegen seiner großen Geschwindigkeit nicht mehr zu denken. Der Zug fuhr nun — wenn auch mit vermindertem Tempo — auf den Nordring auf. Dabei wurden die letzten Wagen erfasst, aus den Schienen gehoben und schwer beschädigt. Unter den Fahrgästen des vollbesetzten Zuges brach eine Panik aus, und auch die Zugbeamten waren im ersten Augenblick kopflos, da der Umfang des Unglücks zunächst nicht feststellbar war. Glücklicherweise befand sich unter den verletzten Passagieren kein Schwerverletzter. Von dem sofort an der Unfallstätte eingetroffenen Verste- und Sanitätspersonal wurden außer dem Zugführer noch 24 Passagiere mit Schnittwunden und Quetschungen verbunden und zum Teil auch auf die nächste Rettungstation gebracht. Gegen 12 Uhr konnte der Betrieb in beiden Richtungen wieder in vollem Umfang aufgenommen werden.

Die Untersuchung hat vorläufig ergeben, daß das Signal vorchriftsmäßig auf „Halt“ gestanden hat. Anscheinend hat trotzdem der Aufsichtsbetrag bei Blockhaus 25 das Abfahrtsignal gegeben, und der Lokomotivführer des Vollringzuges hat die Fahrt infolgedessen fortgesetzt. Der Lokomotivführer hat sich mechanisch nach dem Abfahrtsignal gerichtet, ohne auf das Haltsignal zu achten. Er erklärt, es sei ihm entgangen, daß die Strecke nicht frei war; es ist möglich, daß der aus der Lokomotive aussteigende Rauch das Haltsignal verhüllte.

Hilfsaktion für die Arbeiterschaft der Firma Sarotti

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren hat beschlossen, aus Mitteln der Zentrale 100.000 Mark zur Verfügung zu stellen. Desgleichen hat die Zahlstelle Berlin aus lokalen Mitteln 50.000 Mark hergegeben. Diese Summe ist gedacht als erste Linderung infolge des Verlustes an Kleidungsstücken usw. Weiter soll eine Hilfsaktion über das gesamte Reich zugunsten der Sarotti-Arbeiterschaft eingeleitet werden.

Heute, Freitag, den 27. Januar

abends 6 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Plenarsitzungssaal, Eingang Königsstraße, eine

Zusammenkunft sämtlicher Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats, sowie Bezirksamtsmitglieder statt. Die Tagesordnung lautet:

- 1. Das werdende Groß-Berlin
2. Der organisatorische Zusammenschluß

Referent: Bürgermeister Carl Leib

Die Mitglieder der Geschäftsleitung nehmen an dieser Versammlung teil

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die schwarze Robe

Von Paul Takan

Der französische Schriftsteller Eugène Brieg hat ein Stück geschrieben das heißt „Die rote Robe“. Es ist kein Meisterwerk und gewiß kein Geschenk des Genies. Seine Tendenz: die Robe allein macht nicht den Richter, sondern ein reines Herz muß er auch haben, trommelt ein wenig laut. Doch das schadet nichts, weil es halt immer schwerhörige Menschen gibt.

Bei uns tragen bekanntlich die Richter nicht rote, sondern schwarze Roben und weiße Halsbinden. Nur die Richter des Reichsgerichts sehen in den roten Talaren wie die Scharfrichter aus.

Mit den weißen Halsbinden unserer Richter war das freilich während des Krieges so eine eigene Sache. Die Seife war selten und teuer, na und kurz und gut, der Justizminister gestattete damals, daß auch schwarze Binden getragen werden durften, und erlaubte den Rechtsanwältin auf Ansuchen, auch ohne Robe zu plaidieren, weil der Robenzwang für die Rechtsanwältin, die schnell und ganz plötzlich für einen verhinderten Kollegen die Sache eines Angeklagten führen mußten, lästig und zeitraubend war.

Der Justizminister des Kaiserreichs konnte tolerant sein. Der Justizminister der Republik aber kennt nur die Rücksichtslosigkeit. Er hat eine Verfügung erlassen, nach der auf das strengste verboten ist, als Richter mit schwarzer Binde am grünen Tisch zu sitzen oder gar als Rechtsanwalt ohne Robe zu reden. Der Herr Minister findet, daß ohne die seit alters her vorgeschriebene Amtstracht das Ansehen des Gerichts bedeutend geschmälert werde, und er fürchtet, daß Schamperel einreise an den Stätten, an denen die Götter der Gerechtigkeit mit verbundenen Augen das Schwert und die Waage in den Händen hält.

Und er hat recht, der Herr Justizminister der Republik. Immer wieder hört man Klagen von Menschen, die doch sonst ganz tug und konstant sind, daß die Richter gar zu oft einseitig urteilen, daß sie konservative Königsmacher, wenn sie als Angeklagte vor den Schranken erscheinen, nicht fränden wollen und ihnen höchstens eine kleine Geldstrafe auferlegen, aber Anhänger der Republik, zumal Arbeiter, wegen jeder Läpperei rücksichtslos ins Gefängnis bringen.

Ich für meine Person kann mir natürlich nicht denken, daß diese Beschränkung eine begründete Basis besitzen. Ich weiß wenigstens nicht einen Fall, wo derartige Einseitigkeiten vorgekommen sind. Ich habe immer nur konstatiert, daß unsere Richter viel zu streng richten. Ich war zum Beispiel höchlich erschrocken, als sie sich nicht entschloßen, den waderen Traugott von Jagem auf Festung zu schicken, statt ihm für seine Verdienste den Dank des Vaterlandes auszusprechen. Das habe ich nicht verstanden!

Doch wie immer. Das Eine steht nun mal fest. Wenn nach der neuen Verfügung des Herrn Justizministers in Zukunft alle Richter und Rechtsanwältin, Gerichtsschreiber und Staatsanwältin in Roben und mit weißen Binden ihres Amtes walten, dann werden die Urteile unserer Richter so gut und so großmütig und so gerecht sein, als hätte der selbige Salomo sie selbst gefällt!

Sehende Maschinen als Wächter

In der Jahresversammlung des Elektrotechnischen Vereins in der Technischen Hochschule Charlottenburg wurde eine neuartige Dauerüberwachungseinrichtung zum Schutze von Räumen jeder Art vorgeführt.

Während es bisher mit verhältnismäßig geringen Mitteln möglich war, Räume kleineren und mittleren Umfanges auf elektrischem Wege zuverlässig zu überwachen, verursachte die durchgehende Sicherung großer zusammenhängender Flächen, wie z. B. die Ueberwachung von Museen, Hallen, Kaufhäusern, Lagerstätten usw. nicht unerhebliche Kosten durch ausgedehnte Montagesarbeiten. Die neue Erfindung wurde für die Praxis von der Deutschen Raumschutz-Gesellschaft an Hand ihrer ausgebreiteten Erfahrungen auf dem Gebiete der Sicherungsanlagen gegen Einbruch durchgebildet. Diese Gesellschaft hat auch die vorgeführte Apparatur zur Verfügung gestellt. Die Konstruktion ist infolgedessen von bahnbrechender Bedeutung, als es mit ihr erstmalig unter Verwendung eines neuartigen Relais möglich ist, derartig ausgedehnte Komplexe unter Vermeidung umständlicher Anlagen selbsttätig zu überwachen.

Die Ueberwachung nach dem neuen System geschieht durch Selenzellen, welche von praktisch unsichtbaren Lichtstrahlen getroffen werden. Einfach, durch die Räume gehende Strahlen erleben die bisher erforderlichen Leitungen und Kontakte. Die

Der einzige Weg

Roman von Paul Rebouz

Übersetzt von Rudolf Rüb. Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(Schluß) Yvonne war entrüstet über diese „patriotischen“ Auslassungen. Aber Réal belehrte sie, daß man Rücksicht üben muß, so oft das Publikum eine ihm ungewohnte Idee verarbeitet.

Eine Gruppe fortschrittlicher junger Leute wollte Réal veranlassen, einen „Bund der Europäer“ zu gründen und zu leiten, der eine „Liga der Friedenssoldaten“ vorbereiten sollte. Die Mitglieder dieser Liga, ausschließlich alte Frontkämpfer, sollten im Kriegsfall eine doppelte Pflicht, die Pflicht gegen ihr Vaterland, aber auch die Pflicht gegen die Menschheit, zu erfüllen haben. Millionen kriegstüchtiger Männer hätten den Schwur abzulegen, sich nicht früher in den Massenmord treiben zu lassen, bevor nicht ein Schiedsgericht, das aus Wehrpflichtigen aller Völker bestehen müßte, den Kampf für unermesslich erklärt hat. Als Lösungswort wurde der Satz gewählt: Si vis pacem, age pacem — wenn du den Frieden willst, betreibe den Frieden. Die jungen Leute, die von den vereinigten Rückwärtlern heftig belächelt wurden, wünschten, daß Réals längst wieder hell glänzender Name ihrem Unternehmen die Weihe gebe.

Réal lehnte ab. Er war nicht ehrgeizig. Er sah ein, daß die Durchführung dieser Idee nicht Parteisache sein konnte. Warum sollte er seine Gedanken, da sie endlich aus den schwülen Niederungen zum Licht emporgestiegen waren, das Feuer der aufgeweckten Gewissen ihnen täglich neue Kräfte zuführte — warum sollte er sie jetzt zum Feldgeschrei sozialer Streitigkeiten machen? Wenn die Wahrheit endlich ans Licht gekommen ist, findet sie ohne Gewaltanwendung den Weg in die Menschenherzen.

Wannmal hatte Yvonne mit Zweifeln zu kämpfen. „Wannmal die Menschen nicht immer neidisch und jänklich bleiben?“

„Ich fürchte, ja,“ gab er zu, „aber künftig werden die Kämpfe von anderer Art sein. An Stelle des wagemutigen wird sich ein feindliches Kampffeld ergeben. Der Weltkampf der Klassen wird den Einzelkampf der Völker ablösen. Ich, wie rasch wäre er entpufft, wenn alle durch den Krieg zerstörten Güter, wenn alle die Milliarden Kriegsausgaben der Milderung unseres jämmerlichen Geschicks gewidmet würden. Und bedenke doch: Die ganze französische Revolution hat höchstens vierzehntausend Tote gefordert, das ist die Bilanz

einer mäßigen Offensive im Weltkrieg! Das kann man wohl einen Fortschritt nennen!“

Eines Tages hatten Yvonne und Réal in Paris bei Frau Baravère gespeist und gingen am Invalidendom vorüber.

„Würdest du wohl glauben,“ sagte Yvonne, „daß ich noch niemals im Dom war?“

„Nicht zu glauben! Aber das muß man nachholen! Jetzt, da wir Provinzler sind, müssen wir Paris kennen lernen.“

Sie durchnähten das mit Waffen und Uniformen angefüllte Museum.

Sie lasen die Aufschriften und sahen mit trüber Neugier in die Glaschränke, weniger angezogen von all den malerischen Federhüten, Kollern, Säbeltaschen, Häschen, als von der Erinnerung an alle die Tragödien, in denen diese alten Sachen mitgespielt hatten. Dann kamen sie zum Grab des Kaisers. Eng aneinander geschmiegt, betrachteten sie den Sarkophag unten in der Krypta. Da liegt er nun, bewacht von zwölf langflügeligen Siegesgöttinnen. Zwischen den Lorbeerblättern in Mosaik kann man lesen: Jena, Friedland, Marengo, Austerlitz, Wagram. Fahnen, die der große Tote immer noch für sich beansprucht, hängen in der undeweglichen Grabesluft um ihn herum.

Sie blättern sich um und sahen rings in der Kapelle noch andere Fahnen, Hunderte von Fahnen...

Von Kugeln durchbohrt, zerjeht im Kampf von Mann zu Mann, geschwärtzt vom Rauch der Kanonen, durch die Zeit rostbraun, dünn wie Spinnweben und gleich welken Blättern geworden, hingen diese Seidenfetzen in trübseligen Falten: Oesterreichische Fahnen, an denen man noch die gestickten Dreiecke wahrnahm, russische Fahnen mit dem Adler, Türkenfahnen kenntlich an den verblähten Halbmonden, spanische Fahnen, Erinnerungen an seit langem zerfallene Vaterländer, Fahnen von Verbündeten, die längst Feinde geworden waren. Wie schlugen die Herzen höher, als die Fahnen zwischen den Reichen der Bajonette ihren Glanz entfalteten! Wie viele Männer mußten im Schatten dieser Fahnen ins Gras beißen! Und heute sind sie nichts als Erinnerungen an Massenmorde, deren einer aus dem anderen erwachsen ist, als Erinnerungen an vergangenen Ruhm, deren Farben allgemach verblähten, vom Staub verzehrt wurden.

Beim Hinausgehen sagte Yvonne langsam:

„Wie viel Tränen sind um all diese Fahnen geflossen!“

„Ja“, versetzte er, „und jetzt?“

Sie fuhr fort: „Aber bedeutet es nicht für jenes Volk, das als erstes den Begriff Vaterland umzuprägen beginnt, eine schwere Gefahr, jetzt es sich nicht einem ungewissen Schicksal aus?“

Réal erwiderte:

„Frankreich hat schon dadurch Anspruch auf die Dankbarkeit der Welt, daß es als erstes in den Gemütern die Idee ‚Freiheit‘ erweckt hat. Frankreich ist der Vorposten, der auf alle im Verborgenen heranwachsenden Wahrheiten zu lauschen hat. Das ist sein Ruhm, das ist seine Aufgabe. Wird es diesmal scheitern?“

Yvonne fragte weiter:

„Wird wirklich ein Tag anbrechen, an dem die Menschen ein Kriegsmuseum einrichten werden, um zu zeigen, wie Kanonen und Flinten ausgeföhren haben?“

„O doch, die Zeit wird kommen. Das Vaterland, so wie es in den Köpfen der Rückwärtigen aussieht, ist der letzte Götz, der noch Menschenopfer fordert. Er wird verschwinden, wie all die blutigen Götzen verschwunden sind. Eine Zeit wird kommen, wo man Kanonen aufbewahren wird, wie man heute Holzerwerkzeuge aufbewahrt, wo man von den Leidenschaften, deren Sinnbilder diese Fahnen sind, sprechen wird, wie man heute von der Inquisition oder den Heidenverfolgungen spricht. Diese Fahnen haben die Menschen begeistert. Gut ob vor ihnen. Sie haben die Treue in die Welt gesetzt. Ihnen gebührt das purpurne Wahrlich, auf dem ehrfürchtige Söhne die Ueberzeugungen ihrer Väter einflößen müssen. Aber der Wille zum Glück wird den Willen zum Ruhm ablösen. Und wir leben in der Morgenröte dieses neuen Menschheitsideals. Der erste Strahl wird vielleicht von diesem Krieg ausgehen, der mit keinem anderen zu vergleichen ist, und der das alte Europa bis in seine Tiefen aufgewühlt hat. Ja, aus dem Uebermaß der Leiden, die uns zu erdulden hatten, aus den letzten Erschütterungen, die uns noch durchbeben, wird ein ungeheures Bedürfnis nach Harmonie entstehen...“

„Glückliches Zeitalter“, sagte sie. „Aber es ist noch so fern!“

„Ist das ein Grund, an ihm nicht mitzuarbeiten? Was bedeutet das keine Erdenbasen eines jeden von uns? Wir dürfen nicht erwarten, die große Entwicklung noch mit unseren Augen zu sehen. Seien wir zufrieden, wenn wir nach unseren schwachen Kräften an ihr teilnehmen dürfen. Arbeiten wir wie der Weltmeister des Mittelalters, der all seine Kräfte demütig dem Bau eines Domes weihte, den erst die Nachkommen zum Himmel tragen sahen. Seien wir, ohne Hoffnung auf Lohn, nur aus Liebe zur Güte und Gerechtigkeit Menschen reinen Willens, deren unermüdete Anstrengungen den Weltfrieden aufbauen werden.“

